

"Der Begriff Fortschritt in unterschiedlichen Kulturen"

Ein Kooperationsprojekt des Goethe-Instituts und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

www.goethe.de/fortschritt

Dr. Edelbert Richter

Was versteht Europa heute unter Fortschritt?

Ein Beitrag zum interkulturellen Dialog

A Einleitung

Zunächst nur wenige Bemerkungen zum Begriff „**Fortschritt**“. Der Begriff stammt aus der Geschichtsphilosophie des 18. und 19. Jahrhunderts (Jean Antoine de Coudoreet 1793, Kant 1794, Hegel 1822 u. a.). Sie verstand Geschichte als einen linearen, universalen und immanenten Prozeß. Sie glaubte eine Gesetzmäßigkeit zu erkennen, nach der die Menschheit zu einem gemeinsamen Ziel unterwegs war. Der Fortschritt bestand hauptsächlich in erweiterter Naturbeherrschung und mehr Freiheit. Aber hier liegt schon das **erste** Problem: Beides fällt nach unseren Erfahrungen auseinander, jedenfalls nicht notwendig zusammen. Daß wir in der Wissenschaft und Technik enorme Fortschritte gemacht haben, ist gar keine Frage, aber in der Politik und Moral? Wir werden also immer die verschiedenen Dimensionen des menschlichen Lebens unterscheiden müssen, wenn wir von Fortschritt(en) reden wollen. – **Zweitens** können wir nach den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts, die ja weiterzugehen scheinen, von einem umfassenden und notwendigen Fortschritt überhaupt nicht mehr sprechen. Das wäre blind und unverantwortlich. „**Den**“ Fortschritt der Geschichtsphilosophie gibt es nicht, da waren die Rückschläge zu verheerend. Das bedeutet aber nun nicht, daß wir wieder zur zyklischen Geschichtsauffassung der Griechen zurückkehren müßten; oder daß wir uns Spengler oder Huntington anschließen müßten. Wir brauchen die Idee des Fortschritts durchaus nicht aufzugeben, sollten nur wissen, daß es eine „**Idee**“ im Kantschen Sinne ist oder besser eine Voraussetzung der praktischen Vernunft: Trotz aller Rückschläge und trotz unseres Wissens, daß wir auch in Zukunft vor ihnen nicht sicher sind, werden wir uns immer wieder für Fortschritte engagieren. Und dabei setzen wir eben voraus, daß das letztlich nicht sinnlos ist. Ich glaube, daß wir von dieser Haltung auch gar nicht loskommen, weil sie Bestandteil unserer europäischen Kultur ist und mit der Reich-Gottes-Hoffnung zusammenhängt. Eine **dritte** Einschränkung: Wegen der wieder und wieder erfahrenen Rückschläge können wir von Fortschritt nur im Plural reden, aber auch wegen der Begrenztheit unseres Horizonts, der **Situationsbezogenheit** unserer Maßstäbe und unseres Denkens. Die Älteren unter uns mögen sich erinnern, was sie in den 70er Jahren gedacht haben und mit dem vergleichen, was sie heute denken.

Da es nun um einen interkulturellen Dialog gehen soll, ist der Ausgangspunkt für uns naheliegenderweise **Europa**. Die Frage muß also sein: Was versteht Europa heute unter Fortschritt? Das läßt sich insofern unschwer ermitteln, als es nicht nur von unseren schwankenden Meinungen abhängt, sondern auch von deutlich ausgeprägten Traditionen und Institutionen.

Weil man bei einer Begriffsbestimmung aber immer zugleich sagen sollte, was etwas **nicht** ist, konfrontiere ich den europäischen Fortschrittsbegriff mit dem US-amerikanischen, der dann logischerweise das Gegenteil bedeutet, nämlich Beharrung oder Rückschritt. Dabei verkenne ich ganz und gar nicht, daß es viele Gemeinsamkeiten zwischen Europa und den USA gibt, und daß wir von den USA viel gelernt haben. Aber ich

hatte ja gesagt, daß ich von der **heutigen** Situation ausgehen will, und da scheinen mir die Fronten seltsam verkehrt.

Meine Methode hat außerdem den Vorteil, daß der Zwiespalt, in dem sich Europa selber bewegt, gut erfaßt werden kann: Vieles, was als europäischer Fortschritt erscheint, ist ja dem immernoch gewaltigen Einfluß der Hegemonialmacht geschuldet. Allerdings müßten wir inzwischen selbstbewußt genug sein zu prüfen, was uns an diesem Einfluß gefällt und was nicht. Das läuft dann auf die weitere wichtige Unterscheidung hinaus zwischen dem, was Europa **faktisch** unter Fortschritt versteht und dem, was es darunter verstehen **sollte**, wenn es sich noch bewegt. Z. B. könnte das, was bei uns z. Z. „**Reform**“ genannt wird, zu einem guten Teil gerade Restauration sein, nämlich unter dem Einfluß der Restauration, die seit 20 Jahren in den USA stattfindet.

B Was Europa faktisch unter „Fortschritt“ versteht

1.

Die europäischen Länder haben zwar unterschiedliche, aber durchweg umfassende soziale Sicherheitsnetze, wie sie Amerika nicht oder nur ansatzweise kennt. Der Sozialstaat ist in Europa ein konstitutiver Bestandteil der Demokratie geworden. Ihn fortzuentwickeln, auch umzubauen, nicht aber ihn abzubauen, heißt hier also Fortschritt – jedenfalls „im Prinzip“, denn das „Aber“ spielt bekanntlich eine zunehmende Rolle.

2.

Arme oder Benachteiligte werden in Europa eher als Opfer, in den USA eher als selbst Schuldige eingeschätzt; entsprechend gilt Reichtum bei uns eher als Glück, dort eher als Verdienst. Daher sind die Unterschiede in bezug auf Einkommen und Vermögen in Europa weit geringer als in den USA. „Fortschritt“ besagt hier demnach, daß Freiheit von Gleichheit nicht getrennt werden kann, folglich wachsende Ungleichheit nicht als Schicksal hingenommen werden darf.

3.

Ein Unternehmen ist nach europäischer Tradition (die allerdings stark bröckelt) ein Team, nicht bloß das Eigentum der Aktionäre wie in den USA. Der Unternehmer trägt auch soziale Verantwortung, er räumt (in Deutschland z. B.) den Arbeitnehmern Mitbestimmungsrechte ein. Er strebt nach dauerhaftem Gewinn und will nicht bloß das „schnelle Geld machen“. Das Ende der new-economy-Blase wäre eine gute Gelegenheit gewesen, sich auf diese Unternehmenskultur wieder zu besinnen.

4.

In Europa wird mehr produziert und gespart als verbraucht, in den USA ist es genau umgekehrt. Daher das ständige hohe Handelsbilanzdefizit und die gewaltige Auslandsverschuldung der USA. Diese Virtuosität in der Kunst, auf Kosten anderer zu leben, entspricht weder unseren noch den klassisch amerikanischen Wertvorstellungen.

5.

In Europa ist der öffentliche Sektor des Zusammenlebens stärker gegenüber dem privaten als in den USA: Infrastruktur, Bildung und Ausbildung, öffentlich-rechtliche Medien, öffentliche Kulturförderung. Das hat auch seinen guten Sinn. Denn erstens ist das der Bereich, wo unabhängig von wirtschaftlichen Sonderinteressen demokratisch entschieden werden kann. Und zweitens gibt es öffentliche Güter, die der Markt selber braucht, weil er sie gar nicht oder nur schlechter bereitstellen kann. Das sollte man nicht vergessen, wenn man in der Privatisierung sein Heil sucht.

6.

Es ist bekanntlich nicht leicht festzustellen, was „Antiamerikanismus“ eigentlich heißt. Um nun ein bißchen Licht in dieses Dunkel zu bringen, möchte ich die These vertreten, daß **wir** heute eigentlich Amerikaner sind, die derzeitige amerikanische Führung aber gerade antiamerikanisch ist. Wir sind im Grunde Amerikaner, sofern wir nämlich auf der Einhaltung des Völkerrechts bestehen und damit der besten amerikanischen Tradition treubleiben; während die gegenwärtige amerikanische Führung das Völkerrecht bricht und damit die eigene Tradition verleugnet. Noch im 2. Weltkrieg waren es die USA, die auf das System der Vereinten Nationen hinarbeiteten, mit den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, des Gewaltverzichts und der kollektiven Sicherheit. Und sie folgten damit ihrer eigenen Tradition, jedenfalls wenn man sie in ihrer Besonderheit gegenüber dem alten europäischen Machtdenken sieht. Es war ein klassisch liberales Verständnis von Außenpolitik, das hier vorherrschte, wie wir es z. B. von Kant her kennen. Das hört jedoch mit dem Ende des 2. Weltkrieges auf. Jetzt gibt es eine deutliche Tendenz weg von den „idealistischen“ Leitbildern hin zu „realistischen“ und schließlich hin zu fundamentalistischen. In diesen Leitbildern selber kommt so etwas wie „Fortschritt“ aber gar nicht mehr vor! So haben sich die geistigen Fronten zwischen den USA und Europa umgekehrt, und es kommt zu dem seltsamen Phänomen, daß wir unsere eigene fragwürdige Vergangenheit in der amerikanischen Gegenwart wiedererkennen.

7.

Es wäre zweifellos ein Fortschritt in den internationalen Beziehungen, wenn alle gewaltsamen Konflikte in der Welt durch UNO-Friedenstruppen gelöst werden könnten, und noch besser, wenn sie durch präventive Konfliktregulierung verhindert werden könnten. Europa hat für dieses Ziel bisher sicher nicht genug getan, aber immerhin mehr als die USA. Die europäischen Staaten haben in der Zeit seit dem 2. Weltkrieg 80% der UNO-Friedenstruppen gestellt, das sind zehnmal soviel wie die USA. Im letzten Jahr hat das Center for Global Development die 21 reichsten Länder der Erde sehr differenziert danach bewertet, in welchem Maße ihre Entwicklungshilfe die Entwicklung in den armen Ländern wirklich fördert. Unter den ersten Zehn der Liste befinden sich neun europäische Nationen. Die USA rangieren auf Platz 20, nur Japan leistet noch weniger.

8.

Die Staaten der EU vertreten einen außenpolitischen Multilateralismus und sehen es daher als Fortschritt an, wenn die Vereinten Nationen in Menschenrechtsfragen handlungsfähiger werden. Es sei daran erinnert, daß im Unterschied dazu die USA, der große Verfechter der Menschenrechte in der Welt, die von den Vereinten Nationen 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte selber gar nicht ratifiziert haben. Das ist paradox, weil es sich hier um die klassischen Individualrechte handelt, für deren Durchsetzung doch die amerikanische Revolution immer als Vorbild galt. Weniger paradox ist es, daß die USA auch den UNO-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966, die Erklärung zum Recht auf Entwicklung von 1986 oder die Rio-Deklaration von 1992 nicht anerkennen. Denn das sind Erweiterungen der Menschenrechte, die über den Horizont der amerikanischen Revolution in der Tat hinausgehen. Es lohnt sich, an einer Reihe von konkreten Projekten einmal die Tragweite dieser Differenz zu Europa vor Augen zu führen.

9.

Die Vereinten Nationen streben länger schon die Verabschiedung eines Verhaltenskodex an, um das Recht auf angemessene Ernährung umsetzbar zu machen, und werden dabei von uns unterstützt. Z. B. soll Nahrungsmittelhilfe soweit wie möglich in den betreffenden bzw. benachbarten Regionen organisiert bzw. aufgekauft werden. Die USA dagegen lehnen einen Rechtsanspruch auf Ernährung ab, verstehen Nahrungsmittelhilfe als rein karitative Leistung und als Auffangbecken für die Überschüsse ihrer eigenen Landwirtschaft.

10.

Wesentliches Element der Bevölkerungspolitik der UNO ist es, daß Mädchen und Frauen ein Recht auf Informations- und Wahlfreiheit in der Familienplanung haben (Verhütungsmittel, Abtreibung). Das sehen wir auch so. Aber die USA treten für eingeschränkten Zugang zu Informationen und Verhütungsmitteln ein, sind gegen Abtreibung und für „Enthaltbarkeit“. Sie stehen so in einer „unheiligen Allianz“ mit islamistischen und katholischen Fundamentalisten.

11.

Die Kinderrechtskonvention der UNO ist ein Abkommen, das fast globale Geltung erlangt hat, weil alle Staaten der Welt es ratifiziert haben – bis auf Somalia und die USA! Der Grund, weshalb die Vereinigten Staaten nicht unterzeichnen, ist, daß sie wieder ganz traditionalistisch auf die Fürsorgepflicht der Eltern verweisen: Eigene Rechte haben die Kinder nicht.

12.

Das Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention verbietet den Einsatz von Jugendlichen unter 18 Jahren als Soldaten, wie er z. B. in Afrika üblich ist. Da die USA auch dieses Zusatzprotokoll nicht ratifiziert haben, zugleich jedoch den Privatbesitz von Kleinwaffen und die Waffenlieferung an private Akteure befürworten, fördern sie offensichtlich die privatisierte Gewalt in der Dritten Welt.

13.

Daß die USA im Unterschied zu Europa dem Kyoto-Protokoll zum globalen Klimaschutz nicht beigetreten sind, ist bekannt. Kaum bekannt ist, daß sie auch den Ausbau der Globalen Umweltfazilität (GEF) behindern. Die GEF ist das von der Weltbank in Zusammenarbeit mit der UNO geschaffene Finanzierungsinstrument für internationale Umweltabkommen. Die ihm zur Verfügung stehenden Mittel sind bisher aber der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Und das liegt u. a. an den Zahlungsrückständen der USA und ihrer mangelnden Bereitschaft, ihm eine höhere Finanzausstattung zuzubilligen.

14.

In vielen internationalen Organisationen wird lange schon über die Erhebung globaler Steuern bzw. Abgaben diskutiert. Dazu gehört nicht nur die nach dem Ökonomen Tobin benannte Devisentransaktionssteuer, sondern z. B. auch Entgelte für die Nutzung des Luftraums, der Meere und wertvoller Naturschätze. Das wäre ein wichtiger Schritt zu politischer Gestaltung der einseitig wirtschaftlichen Globalisierung und wird von uns befürwortet. Aber solche Konzepte sind bisher schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt, weil die USA sie als „dirigistisch“ ablehnen.

15.

Wer der EU beitreten möchte, muß die Todesstrafe abschaffen. So wird in Europa das Grundrecht auf Leben interpretiert: Es steht im Widerspruch zum Geist der Menschenrechte, wenn ein Staat wie die USA einem Menschen das Leben nehmen kann. Und es steht im Widerspruch zum christlichen Glauben, wenn das Strafrecht der Vergeltung und nicht der Resozialisierung dient. An diesem Punkt zeigt sich nochmals, wie tief heute die kulturelle Differenz zwischen Europa und den USA reicht.

C Was Europa unter Fortschritt verstehen sollte

Europa sollte selbstbewußter werden, hat allerdings keinerlei Grund zur Selbstgefälligkeit oder gar Selbstgerechtigkeit. Der Fehler ist auch nicht nur, hinter den USA herzulaufen, er besteht manchmal gerade darin, Vernünftiges nicht übernehmen zu wollen.

1.

Beginnen wir wieder mit der sozialökonomischen Dimension, so trifft das z. B. auf die Geldpolitik zu. Die amerikanische Zentralbank hat sich bereits Ende der 80er Jahre **vom Monetarismus verabschiedet** und ist zu einer expansiven Geldpolitik übergegangen, um die Nachfrage und das Wachstum anzuregen: Zinssenkung auf das **niedrigste Niveau** der Nachkriegszeit, Inkaufnahme einer Inflation von 3%. Es drängt sich die Frage auf, wieso Europa denn fast zur gleichen Zeit erst so recht zum Monetarismus **übergang**: Maastricht 1991, die Zinserhöhung durch die Bundesbank auf das **höchste Niveau** der Nachkriegszeit! Und wenn dies um der Preisstabilität und der Währungsunion willen wirklich notwendig war, so bleibt die Frage, wieso sich Europa von ihm bis heute nicht lösen kann, obwohl er das Wachstum behindert. Die unterschiedlichen Reaktionsmuster der FED und der EZB auf die seit 2001 anhaltenden Krisensymptome verdeutlichen dies aufs Anschaulichste: Während Greenspan die Märkte mit konsequenter Zinssenkungspolitik stimulierte, verweigerte die EZB zunächst konsequent jede Zinssenkung, um schließlich doch noch verzagt nachzuziehen. Die Hoffnungen von Unternehmen und Verbrauchern hatten in der Zwischenzeit schon enormen Schaden genommen.

2.

Eine andere Paradoxie der europäischen Währungsunion besteht darin, daß sie faktisch massiv in die Steuerpolitik der beteiligten Länder eingreift, aber bisher nicht durch eine **gemeinsame positive Steuerpolitik** ergänzt werden konnte. Das ist deshalb paradox, weil durch die Haushaltssanierung, die die EWU den Mitgliedsstaaten abverlangt, deren Fähigkeit zu **antizyklischer Steuerung** abnimmt, die Gefahr stärkerer konjunktureller Ausschläge also zunimmt; andererseits aber für die EU als ganze der Spielraum für solche Steuerung doch gerade wächst, weil ihre außenwirtschaftliche Abhängigkeit viel geringer ist als die eines einzelnen Landes! Während also sowohl die Notwendigkeit als auch die Chance einer solchen gemeinsamen Steuerung vorhanden ist, wird sie nicht wahrgenommen. Denken wir an den Extremfall einer Krise, so gibt es in der EU also keine Instanz, die ihr von dieser Seite her wirksam begegnen könnte. Auch wegen des sinnlosen Steuersenkungswettlaufs der Staaten angesichts schon leerer öffentlicher Kassen wäre eine Einigung in der Steuerpolitik nötig.

3.

Neben dem geringen Aktivitätsniveau von Geld- und Fiskalpolitik in Richtung Binnenwirtschaft ist auch in der **auswärtigen** Finanzpolitik von Euroland wenig Initiative zu verzeichnen. Da die Euroländer sich oft nicht einig sind, können sie natürlich auch **nichts Eigenständiges zur Reform** der internationalen Finanzarchitektur beitragen, sondern nur nachsprechen, was schon der IWF gesagt hat. Das gilt jedenfalls für die EU-Kommission und den Rat, während das Europäische Parlament und einzelne Regierungen allerdings eigene Vorstöße machen (Antrag zur Tobinsteuer im Europäischen Parlament, Januar 2000; auch französische Nationalversammlung, Belgisches Parlament). „Doch braucht die EU für die Zukunft eine eigene Finanzaußenpolitik, nicht nur gegenüber dem Weltwährungsfonds, sondern auch, um die ökonomisch gewichtigen Staaten der Welt zu einer gemeinsamen Ordnung auf den globalen Finanzmärkten zu bewegen – einschließlich einer funktionierenden Aufsicht über verantwortungslos spekulierende Finanzhäuser.“ (Helmut Schmidt)

4.

Die EU unterscheidet sich in der protektionistischen **Handelspolitik** gegenüber den Entwicklungsländern nicht sonderlich von den USA. Und selbst bei der Integration in den gemeinsamen Markt folgt sie neoliberalen Mustern (Privatisierung, Deregulierung) und scheint ihre „rheinische“ Identität ganz vergessen zu wollen. Dennoch kennt sie das Instrument des Sozial- und des Strukturfonds für rückständige Regionen, das die NAFTA nicht kennt. Muß die Logik, die in diesem Instrument liegt, nicht auch global Anwendung finden? Das wäre ein echter Fortschritt! Ein Rückschritt wäre es dagegen, wenn man glaubt, mit dem großen gemeinsamen Markt sich selbst zu genügen und sich noch stärker gegen die Entwicklungsländer abschottet.

5.

Daß schließlich die Gemeinsame **Außen- und Sicherheitspolitik** immer noch in den Kinderschuhen steckt, ist bekannt. Nach innen hat die EU zwar historisch abgrundtief scheinende Gegensätze überwunden, eine bemerkenswerte Kultur des zwischenstaatlichen Kompromisses entwickelt und versucht etwas völlig Neues, nämlich Demokratie in einem übernationalen Rahmen aufzubauen! Was sich in der EU-Verfassung abzeichnet, widerspricht jedoch dieser progressiven Tendenz. Statt sich auf Krisenprävention und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu konzentrieren, meint man, wie die USA rüsten und global militärisch agieren zu müssen, um von ihnen ernstgenommen zu werden.